

Makro- und mikroökonomische Herausforderungen der Energiewende

Vortrag am 29.11.2022 in der Westfälischen Hochschule
von Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup

zum

Positionspapier des Westfälischen Energieinstitut (WEI)

„Energie- und Klimawende zwischen Anspruch, Wunschdenken und Wirklichkeit“

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland 2021

➤ Bruttoinlandsprodukt	3.563,9 Mrd. EUR	<u>pro Einwohner</u> 42.839 EUR
➤ Volkseinkommen	2.695,4 Mrd. EUR	32.399 EUR
➤ Abschreibungen	694,1 Mrd. EUR	
➤ Lohnquote	56,5 %	
➤ Mehrwertquote	43,5 %	
➤ Bruttoinvestitionen	794,7 Mrd. EUR	
➤ Nettoinvestitionen	100,6 Mrd. EUR	

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland 2021

➤ Verfügbares Einkommen	2.926,4 Mrd. EUR
➤ Konsum	2.564,9 Mrd. EUR
➤ Sparen	361,5 Mrd. EUR
➤ Vermögenssaldo, Transfers übrige Welt	- 6,6 Mrd. EUR
➤ Bruttoinvestitionen	794,7 Mrd. EUR
➤ Abschreibungen	694,1 Mrd. EUR
➤ Außenhandelsbeitrag	254,3 Mrd. EUR

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für jede Volkswirtschaft gilt makroökonomisch

$$S = I_{netto} +/- A_{Beitrag}$$

Deutschland 2021

$$354,9 \text{ Mrd. EUR} = 100,6 \text{ Mrd. EUR} + 254,3 \text{ Mrd. EUR}$$

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Langfristige empirische Befunde für Deutschland

$$S = I_{netto} +/- A_{Beitrag}$$

1991 – 2004: 1.588,5 Mrd. EUR = 1.609,7 Mrd. EUR -21,2 Mrd. EUR

Ø 113,5 Mrd. EUR = 115,0 Mrd. EUR -1,5 Mrd. EUR

2005 – 2021: 4.717,5 Mrd. EUR = 1.324,9 Mrd. EUR -3.392,6 Mrd. EUR

Ø 294,8 Mrd. EUR = 82,8 Mrd. EUR -212,0 Mrd. EUR

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Sektorale Gläubiger-Schuldner-Positionen in Deutschland
von 1991 bis 2021 (kumuliert)

Vermögen = Schulden

Private Haushalte 3.993,3 Mrd. EUR (JD 147,9 Mrd. EUR)
Nichtfinanzielle Kapitalunternehmen 435,1 Mrd. EUR (JD 16,1 Mrd. EUR)
Finanzsektor 211,7 Mrd. EUR (JD 7,8 Mrd. EUR)

Staat -1.207,4 Mrd. EUR (JD -44,7 Mrd. EUR)

Ausland -3.432,7 (JD -127,1 Mrd. EUR)

Quelle: Deutsche Bundesbank

ENERGIEWENDE

Staatliche Unterinvestitionen: Das Öffentliche wurde nahezu ruiniert!

Deutschland 1991 – 2020

Bruttoinvestitionen	1.701,8 Mrd. EUR	JD 56,7 Mrd. EUR
Abschreibungen	1.636,4 Mrd. EUR	JD 54,5 Mrd. EUR
Nettoinvestitionen	65,4 Mrd. EUR	<u>JD 2,2 Mrd. EUR</u>

80 % der Unternehmen sehen mittlerweile ihre Geschäftstätigkeit durch Infrastrukturmängel beeinträchtigt!

(Untersuchung Institut der deutschen Wirtschaft IW, 2022)

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

BEFUNDE

- steigende **Ersparnis**: 7,0 % (1991-2004); 11,6 % (2005-2021)
- seit 2002 immer mehr kontraproduktive **Exportüberschüsse**
- nachlassende **Nettoinvestitionen im Inland** (Deutschland ist stark unterinvestiert, privat und öffentlich)

ENERGIEWENDE

Investitionsnotwendigkeiten nur EE-Ausbau
(ohne Netze und Speicher) bei 2000-TWh-Szenario

jährliche Investitionen ohne verminderte Energieträgerkosten

56 +/- 6 Mrd. EUR (62 Mrd. EUR)

Das wären knapp 8 % der Bruttoinvestitionen von 2021

Quelle: Westfälisches Energieinstitut

ENERGIEWENDE

- Die jährlich notwendige gesamtwirtschaftliche **Investitionssumme** für die Energiewende dürfte **kein Problem** sein
- **aber** Deutschland ist in vielen Bereichen unterinvestiert

- Arbeitsmarkt
- Infrastruktur
- Digitalisierung
- Wohnungssektor
- Bildungssektor
- Gesundheitssektor
- Transferzahlungen



Staatlicher Finanzbedarf

120 Mrd. EUR p.a. bis 2030

Ohne Rüstungskredite (100 Mrd. EUR Programm)

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2022

ENERGIEWENDE

Staatsverschuldung

2009 Einführung der Schuldenbremse ins Grundgesetz

2009 – 2021

Ist-Schuldenaufnahme	268,5 Mrd. EUR
Erlaubte Schuldenzunahme	643,7 Mrd. EUR
Vertane Chancen	375,2 Mrd. EUR

Quelle: Statistisches Bundesamt

ENERGIEWENDE

„Energie-Entlastungspaket: Finanzminister vor Kehrtwende“

(WAZ 29.11.2022)

Nach scharfer Kritik des Landesrechnungshofes will Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) zur Umgehung der Schuldenbremse im Haushalt 2023 jetzt doch nicht mehr manipulieren.

„Wir nehmen die Stellungnahme des Landesrechnungshofes ernst, und das Ministerium wird sie intensiv prüfen“, erklärte ein Sprecher des Finanzministers.

ENERGIEWENDE

Kreditaufnahme des Staates

- **aktive Staatsschulden** führen zu produktivitätssteigenden Ausgaben (Straßen, Kanäle, Flughäfen, Schulen, Krankenhäuser etc.)
- **passive Staatsschulden** haben keine messbaren produktivitätssteigenden Wirkungen (Parkanlagen, Freizeitstätten, Bäder etc.)
- **tote Staatsschulden** haben negative Produktivitätssteigerungen (Rüstungsausgaben)

ENERGIEWENDE

Nettokreditaufnahme 3 % p.a. bezogen aufs nominale BIP

Schuldenstand 60 % bezogen aufs nominale BIP

Europäischer Fiskalpakt

$$\frac{\omega \text{ Nettokreditaufnahme}}{\omega \text{ nominales BIP}} = \text{Schuldenstandsquote}$$
$$\overbrace{\omega \text{ Inflationsrate} + \omega \text{ reales BIP}}$$

$$\frac{\omega 3,0}{\omega 2,0+3,0} = 0,6 = 60 \%$$

$$\frac{1,86}{\omega 1,7+1,4} = 0,60 \text{ (Istwerte 1991-2019)}$$

ENERGIEWENDE

Deutsche Schuldenbremse (Art. 115 GG)

Grundsätzlich ausgeglichener Staatshaushalt (Art. 109 GG)

- strukturelles Defizit maximal 0,35 % bezogen aufs nominale BIP
- konjunkturelles Defizit symmetrisch bis 3,0 % erlaubt
- Abweichung vom strukturellen Defizit bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen des Staates
- Bundesländer und Kommunen dürfen überhaupt keine Schulden machen

ENERGIEWENDE

Deutsche Schuldenbremse (Bund)

$$\frac{\omega \text{ Nettokreditaufnahme}}{\omega \text{ nominales BIP}} = \text{Schuldenstandsquote}$$
$$\overbrace{\omega \text{ Inflationsrate} + \omega \text{ reales BIP}}$$

$$\frac{\omega 0,35}{\omega 2,0+3,83} = 0,6 = 60 \%$$

Es wäre ein **reales Wachstum von 3,83 %** notwendig!

$$\frac{\omega 0,35}{\omega 2,0+1,5} = 0,1 = 100 \%$$

Bei **1,5 % reales Wachstum** steigt der Schuldenstand auf 100 %!

ENERGIEWENDE

Bei Staatsverschuldung bitte im ökonomischen Kreislauf denken!

- **Staatsschulden sind nicht mit Schulden von privaten Haushalten oder Unternehmen zu vergleichen; siehe hoher Staatsanteil an der gesamten Wirtschaft**
- **Staatsschulden sind Schulden, die sich ein Volk selbst schuldet**
Die Schulden des Staates sind das Vermögen der Privaten
- **Problem: Auslandsverschuldung**
- **Staatsschulden belasten keine zukünftige Generation, weil auch mit den Schulden die Vermögenswerte vererbt werden**
- **Verteilung findet vor Staatsverschuldung statt. Lösung Umverteilung!**

ENERGIEWENDE

FINANZIERUNGSBEDARF Deutschland

Energiewende rund 100 Mrd. EUR p.a. Bruttoinvestitionen bis 2030

+ Staatliche Bruttoinvestitionen 120 Mrd. EUR p.a. bis 2030

Summe ca. 220 Mrd. EUR p.a. bis 2030 (ohne Rüstung)

Prognose: Prof. Dr. Bontrup

ENERGIEWENDE

„Für fast jedes zweite deutsche Unternehmen spielt bei Investitionen die Klimaneutralität keine Rolle“

„Den eigenen CO₂-Fußabdruck kennen nur 16 % aller Unternehmen“

(KfW- Studie 2022)

ENERGIEWENDE

$$S = I_{netto} +/- A_{Beitrag}$$

Deutschland Werte von 2005 - 2021

$$294,8 \text{ Mrd. EUR} = 82,8 \text{ Mrd. EUR} + 212,0 \text{ Mrd. EUR}$$



ca. 130 Mrd. EUR

Planwerte

$$300 \text{ Mrd. EUR} = 220,0 \text{ Mrd. EUR} + 80,0 \text{ Mrd. EUR}$$

Werte ohne private Nettoinvestitionen

ENERGIEWENDE

Transformative Implikationen

- Weg von Exportorientierung; hin zu Binnenorientierung
insbesondere industrielle Transformation
staatliche Interventionen in den Markt notwendig
- wirtschaftlich regionale Verwerfungen (Ruhrgebiet)
- Arbeitsmarktanpassungen
- mikroökonomische Transferzahlungen (private Haushalte)
Subventionen für kleine und mittlere Unternehmen
- **Großunternehmen (siehe z.B. Thyssen/Krupp, Wasserstoff) ?**

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nur Arbeit schafft Werte!!

Erwerbstätige 44.905.000

Geleistete Stunden 60.600 Mio. Std.

Abhängig Beschäftigte 40.975.000 Std.

Geleistete Stunden 53.501 Mio. Std.

Selbstständige 3.930.000

Geleistete Stunden 7.099 Mio. Std.

Quelle: Deutschland, Daten für 2021 Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wachstumsraten von 1991 bis 2021 in Deutschland

$$\omega \text{ reales BIP} = \omega \text{ Prod} + \omega \text{ AV}$$

Reales BIP 1,2 %

Produktivität je Erwerbstätigenstunde 1,2 %

Arbeitsvolumen +/- 0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Seit über 40 Jahren Massenarbeitslosigkeit in Deutschland

Registrierte Arbeitslose	2.613.000
Unterbeschäftigte	824.000
Stille Reserve	944.000
Arbeitsplatzlücke	4.381.000

Gleichzeitig auf Teilarbeitsmärkten: Fachkräftemangel

Gespaltene Arbeitsmärkte

„Für die Energiewende fehlen heute schon 216.000 Fachkräfte“

(Institut der deutschen Wirtschaft IW)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Einkommen abhängig Beschäftigter in Deutschland
im Durchschnitt je Monat 2021

Arbeitnehmerentgelt	3.906 EUR
Bruttolohn-/gehalt	3.194 EUR
Nettolohn-/gehalt	2.162 EUR

Inflationsrate 3,1 %
Real Nettolohn-/gehalt 2.097

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zurzeit ca. 7- 8 Millionen prekär Beschäftigte in Deutschland

16 – 18 % der Erwerbstätigen

Einführung gesetzlicher **Mindestlohn** 12 EUR brutto/Std.

Mindestlohn bleibt Armutslohn!

Armutsquote knapp 16 %

Jedes 5. Kind wächst in Armut auf

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wohlfahrtsverbände

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Vermögensverteilung in Deutschland

Gesamtvermögen (Reinvermögen) 2020 knapp **21 Billionen EUR**

10 % der erwachsenen Bevölkerung (ab 17 Jahre) gut **66 %**

1 % rund **33 %**

0,1 % gut **17 %** (= 41.000 private Haushalte)

durchschnittliches Reinvermögen 40 Mio. EUR

50 % der erwachsenen Bevölkerung (ab 17 Jahre) hat **gar kein Vermögen**

30 % der erwachsenen Bevölkerung (ab 17 Jahre) sind zum Teil hoch **verschuldet**

Quelle: Statistisches Bundesamt

ENERGIEWENDE

Ohne Umverteilung von Einkommen und Vermögen gelingt die Energiewende nicht!!!

- Staatsverschuldung (Restriktion Schuldenbremse)
 - Steuerpolitik
 - Einkommensteuer (Verschärfung Progression)
 - indirekte Steuern (Senkung wegen regressiver Wirkung)
 - Vermögensteuer (plus einmalige Vermögensabgabe; DIW-Studie)
 - Erbschaftsteuer (drastische Erhöhung der Erbschaftsteuersätze)
- Selbst der in Mehrheit neoliberal besetzte SVR fordert Steuererhöhungen für Besserverdienende; wenn auch nur befristet wegen Energiekrise!